



Im Landkreis Stade und in angrenzenden Landkreisen haben in den letzten Wochen mehrere Wolfsangriffe stattgefunden. Stratenschulte/dpa

Samstag, 23. September 2023

Massive Kritik an Lemke

Meldungen zum Wolfsbestand: Verbände verurteilen „Verschleppungsstrategie“ des Bundes

Kreis Stade. Blockiert das Bundesumweltministerium die Meldung des Wolfsbestands an die EU-Kommission? Deutscher Bauernverband und Deutscher Jagdverband erheben schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung. Diese reagiert auf Nachfrage ausweichend.

von Karsten Wisser

„Eine kritische Überprüfung des Schutzstatus und ein aktives Bestandsmanagement in Europa dürfen nicht weiter durch Deutschland blockiert werden“, erklären Olaf Niestroj, Geschäftsführer des Deutschen Jagdverbands (DJV), und Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands (DBV). Die EU-Kommission fordere Mitgliedsländer, Kommunen, Wissenschaft und alle am Thema Interessierten auf, aktuelle Daten über die wachsenden Wolfspopulationen und die Folgen zu melden. Nicht akzeptabel ist aus Sicht der beiden Organisationen die Verweigerungshaltung des Bundesumweltministeriums, das lediglich auf eine turnusmäßige Meldung der Anzahl von Rudeln an die EU-Kommission verweist. Die aktuellsten Zahlen sollen aus 2017 stammen - gemeldet 2019. Die nächste Meldung sei erst für 2025 geplant. DBV und DJV kritisieren dies als Verschleppungsstrategie scharf und fordern das Ministerium auf, aktuelle Zahlen an die EU-Kommission zu melden. Seit 2017 haben sich die Wolfsbestände in Niedersachsen und Deutschland verdreifacht.

Auf Grundlage der aktuell erhobenen Daten will die EU-Kommission über einen Vorschlag entscheiden, den Status des Wolfsschutzes zu ändern. Die vorliegenden Daten erlaubten der EU-Kommission nach eigenen Worten kein vollständiges Lagebild, das ausreichen würde, um weitere Maßnahmen in Gang zu bringen.

Ministerium: „Solche Behauptungen sind falsch“

Eine Sprecherin des Umweltministeriums widerspricht auf Nachfrage unserer Redaktion den beiden Verbänden. „Solche Behauptungen sind falsch“, sagt sie. Tatsache sei, dass alle deutschen Wolfsdaten transparent und öffentlich auf der offiziellen Internetseite der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes Wolf (www.dbb-wolf.de) vorlägen. Die EU-Kommission greife regelmäßig darauf zu. Deutschland berichte darüber hinaus regelmäßig jährlich im Rahmen eines Pilotverfahrens. Damit lägen der Kommission zum Zeitpunkt der Abfrage unserer Redaktion bereits alle notwendigen Daten vor, eine darüber hinaus gehende Meldung sei zu keinem Zeitpunkt von der Kommission erbeten worden. Auf die Frage, welchen Erhaltungszustand das Umweltministerium der EU gemeldet hat, geht das Ministerium nicht ein.

Allerdings hatte die EU-Kommission dazu aufgerufen, möglichst aktuelle Daten des Wolfsbestands zu melden. Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion hatte dazu aufgerufen, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Auch die Gruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen und Bremen hat sich in die Debatte eingeschaltet. „Wir nehmen die berechtigten Sorgen und Probleme der Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter sehr ernst“, heißt es in einer Erklärung. Ihnen müsse in der schwierigen wirtschaftlichen Lage eine Zukunft ermöglicht werden. Dies könne nur mit effektiverem Herdenschutz und einem differenzierten Umgang mit den Wolfsbeständen funktionieren. Insbesondere bei der Deich- und Wanderschäferei sowie in dicht besiedeltem oder touristischem Gebiet habe der Schutz von Menschen und Weidetieren eine besondere Relevanz. Jedes Bundesland solle ein regional differenziertes, europarechtskonformes Bestandsmanagement betreiben.

„Lemke unterlässt es, die aktuellen Wolfszahlen aus Deutschland und Niedersachsen nach Brüssel zu melden, damit der gute Erhaltungszustand festgestellt werden kann“, sagt der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion und Rotenburger Landtagsabgeordnete Marco Mohrmann. Offensichtlich sei sie nicht gewillt, „unsere Weidetierhalter zu unterstützen“.

Indes forderte die Unionsfraktion im Bundestag Umweltministerin Lemke (Grüne) auf, sich für die Herabsetzung des Schutzstatutes des Wolfes einzusetzen. „Die geplante Erleichterung des Abschusses von Problemwölfen reicht eben genau nicht aus“, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Union, Anja Weisgerber (CSU). (mkr)

Olaf Niestroj, Chef des
Deutschen Jagdverbands

„Eine kritische Überprüfung des Schutzstatus und ein aktives Bestandsmanagement in Europa dürfen nicht weiter durch Deutschland blockiert werden.“